

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung

--

(Vollständiger Name und Anschrift der Antragstellerin/des Antragstellers)

An
Behörde für Schule und
Berufsbildung V 38-6
Postfach 76 10 48
22060 Hamburg

Ort und Datum:	Hamburg, den
Unser Stichwort:	
Auskunft erteilt:	
Telefon-Durchwahl:	
Telefax:	
E-Mail-Adresse:	
BIC:	
IBAN:	

Hiermit beantragen wir die Bewilligung einer Zuwendung (**Projektförderung**)

für den **Zuwendungszeitraum** vom _____ bis _____
in Höhe von _____ Euro.

Die **Zuwendung soll folgendem Zweck dienen**¹:

.....

.....

.....

.....

.....

Beigefügt sind:

- Ein Finanzierungsplan (aufgegliederte Berechnung der gesamten mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben). Bei Bau-
maßnahmen sind weitere Unterlagen nach Maßgabe der Bewilligungsbehörde
beizufügen.
- Eine rechtsverbindliche Erklärung darüber, ob eine Vorsteuerabzugsberechtigung
nach § 15 UStG besteht. Wenn ja, sind die sich daraus ergebenden Vorteile
besonders aus-zuweisen und von den Ausgaben abzusetzen.

¹ Der Zweck muss eindeutig und ausführlich bezeichnet werden. Allgemeine Ausdrücke wie „Forschungszwecke“ oder „Förderung der wissenschaftlichen Arbeiten“ usw. genügen nicht. Ergänzende Erläuterungen zu Quantität und Qualität der geplanten Maßnahme sind beizufügen. Darzulegen ist, ob die Zuwendung zur Deckung

- von Ausgaben für einzelne abgegrenzte Vorhaben (Projektförderung) oder
- der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben (institutionellen Förderung) beantragt wird.

Ergänzende Angaben:

1. Es ist anzugeben, ob und weshalb die Durchführung der Projekte und Aufgaben ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet sein würde. Aus welchen Gründen ist die Bewilligung von Mitteln nicht bei anderen Stellen beantragt oder von einer Kreditaufnahme abgesehen worden?

.....
.....

2. Höhe der Mittel, mit denen die oder der Antragsstellende sich an der Durchführung der Projekte oder Aufgaben beteiligen will, für die die Zuwendung beantragt wird:

eigene Mittel Euro
Mittel von anderen staatlichen oder kommunalen Stellen Euro
Benennung der Stelle:
Mittel sonstiger Dritter Euro

Höhe der Mittel, die bei der Antragstellung bereits vorhanden sind,

eigene Mittel Euro
Mittel von anderen staatlichen oder kommunalen Stellen Euro
Benennung der Stelle:
Mittel sonstiger Dritter Euro

3. Gibt es Überschneidungen mit anderen öffentlich geförderten Projekten, bei denen die oder der Antragstellende selbst oder sie oder er gemeinsam mit einem anderen öffentlich geförderten Träger die gleichen personellen und/oder sächlichen Ressourcen nutzt?

ja nein

Wenn ja, welche sind das?

.....
.....

Welche Stellen fördern diese Projekte?

.....
.....

In welcher Form ist eine nachvollziehbare Kostenzuordnung vorgenommen worden?

.....
.....

4. Höhe der Zuwendungen, die der oder dem Antragstellenden für den gleichen Zweck früher gewährt worden sind, ggf. Angabe des Zeitpunktes der Bewilligung und der bewilligenden Stelle. Wenn Anträge abgelehnt wurden, ist die Begründung anzugeben:

..... Euro

.....
.....

5. Voraussichtliche Höhe

a) der Personalausgaben Euro

b) der sächlichen Verwaltungsausgaben Euro

c) der sonstigen Ausgaben Euro

in dem für die Zuwendung in Betracht kommenden Zeitraum ².

6. Beginn und Dauer der Arbeiten oder Aufgaben, die durch die Zuwendung gefördert werden sollen:

.....
.....

7. Bei rückzahlbarer Zuwendung:

Welche Sicherheiten werden geboten (z. B. Bürgschaften, Abtretung von Forderungen, Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen usw.)?

.....
.....

8. Angaben darüber, in welcher Weise die Mittel bei der oder bei dem Antragstellenden verwaltet werden, insbesondere wie die Verantwortlichkeiten geregelt sind und ob eine ausreichende Kassen- und Buchführung (welches Buchführungssystem?) vorhanden ist:

.....
.....

9. Wurde mit der Maßnahme bereits begonnen? ja nein

² Die voraussichtliche Höhe der Ausgaben ist auch anzugeben, wenn sie nicht aus der beantragten Zuwendung, sondern aus eigenen Mitteln oder aus Zuwendungen anderer Stellen bestritten werden.

10. Besserstellungsverbot

- a) Wird das Personal besser gestellt als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg (siehe Nr. 1.3. der ANBest-P)?

ja nein

- b) Wird das Personal aufgrund eines vom TVL abweichenden Tarifvertrages bezahlt? Wenn ja, welcher Tarifvertrag?

ja nein

-
c) Werden bei Projektförderung die Gesamtausgaben der oder des Zuwendungsempfängenden überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert?

ja nein

Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und bestätige/n den Empfang eines Abdrucks der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)/Baufachliche Nebenbestimmungen (NBest-Bau).

Ich/Wir versichere/versichern zugleich, dass ich/wir mit dem Inhalt der ANBest-P/NBest-Bau einverstanden bin/sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (vgl. § 12 Absatz 1 Hamburgisches Datenschutzgesetz HmBDSG).

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 7 Absatz 1 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft in Bürgerschaftsdrucksachen veröffentlicht werden können und dass Zuwendungsdaten aufgrund des Hamburgischen Transparenzgesetzes in elektronischer Form im Informationsregister veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zweckes nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Bürgerschaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlicht.

Hinweis:

Bei erstmaliger Förderung sind stets die Vertretungsvollmachten – hierzu zählen insbesondere auch die Unterschriftsbefugnisse für den Zahlungsverkehr – dem Antrag beizufügen. Bei wiederkehrenden Förderungen sind nur bei Veränderungen entsprechende Angaben erforderlich.

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift der oder des Antragstellenden)